

Dezember 2023

Kontext Tunesien

Im Februar 2023, nach zwei Jahren kontinuierlicher Verschlechterung der politischen und sozioökonomischen Lage in Tunesien, gab der tunesische Präsident Kais Saïed eine öffentliche Erklärung ab, in deren Rahmen er in Tunesien lebende Menschen aus Subsahara-Afrika pauschal kriminalisierte. Seine Äußerungen verstärkten bestehende rassistische Ressentiments in bestimmten Teilen der Bevölkerung und führten zur Zunahme von Diskriminierung, gewalttätigen Übergriffen und kollektiven Abschiebungen. Infolge dessen verschlechtert sich die Situation für Schwarze afrikanische Ausländer*innen in Tunesien seither stetig.

Anfang Juli 2023 gab es Berichte über Messerstechereien, Steinwürfe und gewalttätige Zusammenstöße zwischen Menschen aus Subsahara-Afrika und Bewohner*innen von Sfax, der zweitgrößten Stadt Tunesiens. Medienberichten zufolge begann damit eine echte Hetzjagd auf Schwarze Menschen. In einem Bericht von Juli 2023 bekräftigte Human Rights Watch, dass Tunesien kein sicherer Ort für Schwarze afrikanische Ausländer*innen sei, die in den letzten Monaten "Schlägen", "willkürlichen Inhaftierungen" und "Diebstahl von Geld und persönlichen Gegenständen" durch die tunesischen Behörden ausgesetzt waren. In Polizeistationen wurden einige der Opfer "elektrischen Schocks" ausgesetzt und "willkürliche Verhaftungen aufgrund ihrer Hautfarbe" vorgenommen.

Auch gewalttätige Pushbacks von Schwarzen afrikanischen Ausländer*innen an Land, entlang der und über die tunesischen Grenzen zu Algerien und Libyen, wurden in den vergangenen Jahren gemeldet und nahmen in den letzten weiter Monaten zu.

Überfahrten auf See aus Tunesien

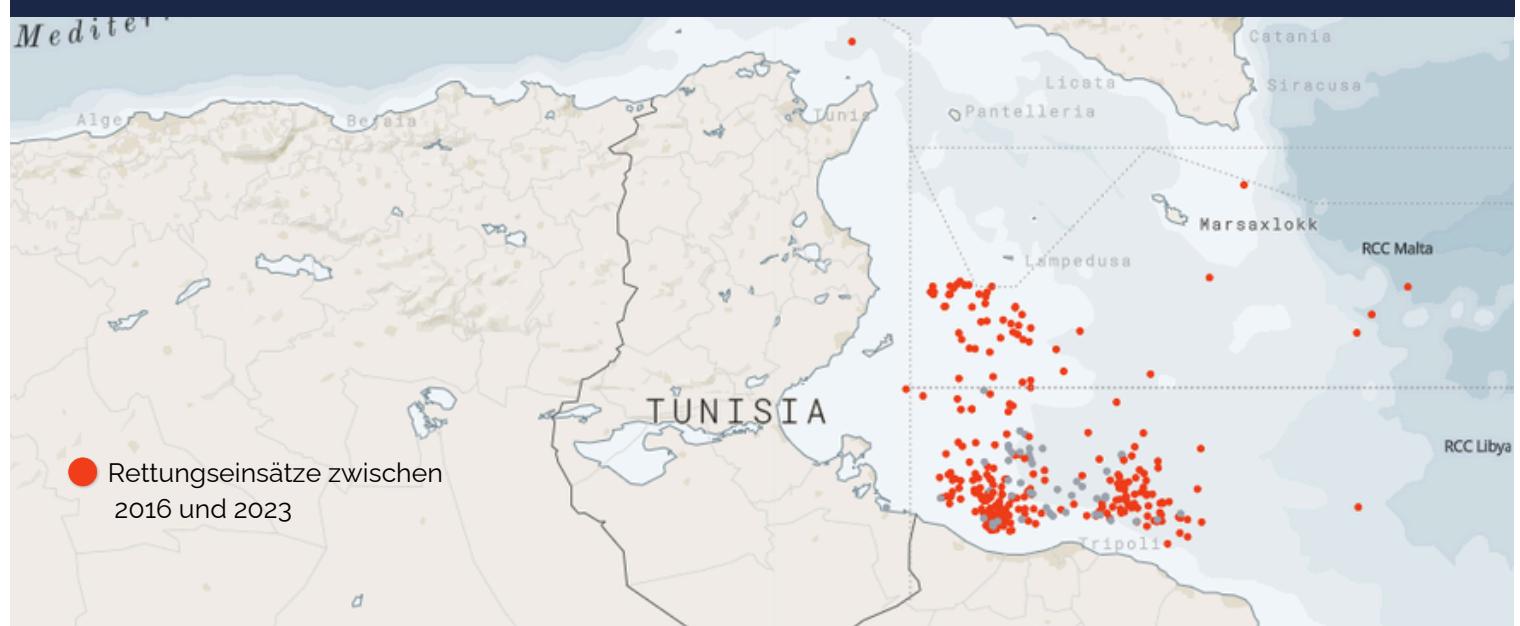
In der ersten Hälfte des Jahres 2023 übertraf Tunesien nach Angaben des UNHCR Libyen als Hauptausgangspunkt für Boote, die in Italien ankommen. Zwischen Januar und dem 9. Juli 2023 starteten:

- 52 % aus Tunesien
- 43 % aus Libyen

Im Juli 2023 trieben tunesischen Sicherheitskräfte in Sfax hunderte von Menschen aus Subsahara-Afrika, darunter Kinder, zusammen und setzten sie im Niemandsland zwischen der tunesischen und libyschen Grenze aus. Dort wurden sie ohne Nahrung oder Wasser zurückgelassen. Darüber hinaus berichtete Human Rights Watch im Oktober 2023, dass über 100 Menschen aus mehreren afrikanischen Ländern, die auf See abgefangen und von der Küstenwache nach Tunesien zurückgebracht wurden, im September 2023 kollektiv an die Grenze zu Algerien abgeschoben wurden.

Darüber hinaus geht aus Berichten von Human Rights Watch hervor, dass die tunesischen Küstenwachen, die für mögliche Anlandungen und Transfers von Geretteten zuständig sind, gewalttätig vorgehen und damit die Leben von Menschen in Seenot weiter gefährden.

RETTUNGSEINSÄTZE VON SOS MEDITERRANEE SEIT 2016



66 Erfahrungsberichte, gesammelt von SOS MEDITERRANEE

Im August 2023 führte die Ocean Viking mehrere Rettungen von Booten durch, die von Tunesien aus gestartet waren. Die von vielen Überlebenden geteilten Berichte mit dem Team an Bord decken sich mit den oben beschriebenen Ereignissen.

Ein junges Paar aus der Elfenbeinküste, das zuvor zwei Jahre lang in Tunesien gelebt und gearbeitet hatte, berichtete uns, dass rassistische Spannungen es ihnen kürzlich unmöglich gemacht hätten, weiter in Tunesien zu arbeiten oder einen sicheren Wohnort zu finden.

Ein 27-jähriger Mann, der vier Jahre lang in Tunesien gearbeitet hatte, berichtete der Besatzung, dass er aufgrund der aktuellen Situation im Land zur Flucht gezwungen wurde. Er erklärte, dass Schwarze enteignet, geschlagen, verletzt oder sogar getötet und Frauen vergewaltigt würden. Es sei nicht mehr möglich, einen sicheren Wohnort oder Arbeitsplatz zu finden oder von der Polizei gehört zu werden. Es sei unmöglich, um nach Gerechtigkeit zu fragen, weil niemand zuhören würde.

Ein Überlebender berichtete, dass er in der Nacht aus seinem Haus vertrieben und mit seinem Bruder und Cousin in die Wüste abgeschoben wurde. Seine beiden Begleiter verstarben infolgedessen. Eine andere Person berichtete, dass sie mit einer Machete von Zivilist*innen angegriffen wurde, nur weil sie "Schwarz sei". Ein weiterer Überlebender verfügte infolge von Schlägen auf den Hinterkopf und davongetragenen Verletzungen nur noch über beschränkte Sehkraft.

Das medizinische Team an Bord der Ocean Viking beobachtet häufig ähnliche Arten von Verletzungen bei den Überlebenden, die aus Tunesien abgefahren sind. Mehrere Überlebende aus der Elfenbeinküste und Kamerun wiesen Verletzungen an den unteren Gliedmaßen auf, die durch Angriffe mit geschärften Holzstücken verursacht wurden. Die Wunden sahen ungewöhnlich aus, und Überlebende konsultierten unser medizinisches Team, weil sie immer noch Schmerzen hatten und/oder sie sich Sorgen machten, dass sich noch Holz in den Wunden befand.

Eine Person aus dem Benin, die sich in Tunesien aufhielt, berichtete unserer Besatzung, dass Taxifahrer*innen, die mit Menschen aus Subsahara-Afrika in ihren Autos gesehen werden, ins Gefängnis kommen würden, und dass der Zugang zu grundlegenden Dingen wie SIM-Karten nicht erlaubt sei. Er beschrieb ein Klima der "Menschenjagd", bei dem auch Zivilist*innen, die helfen wollten, von ihren Nachbar*innen denunziert würden.

Einige Überlebende berichteten, dass sie bereits mehrere Versuche unternommen hatten, Tunesien auf dem Seeweg zu verlassen. Andere erzählten, dass sie Schiffungslücke miterlebt und Leichen in der Nähe des Strandes, sowie auch während der Reise auf See treiben sehen hatten. Sie berichteten, dass sie gesehen hatten, wie Fische diese Leichen fraßen.

Einige Leute berichteten auch, dass sie von den tunesischen Küstenwachen abgefangen, oder von Fischer*innen bedroht wurden, die sich mit gefährlichen Manövern näherten, um den Motor des Bootes zu stehlen, in welchem sich die Fliehenden befanden.

Rechtliche Analyse

Gemäß der Leitlinien von 2004 zur Behandlung von auf See geretteten Personen, wird eine Rettung erst als beendet angesehen, wenn die Überlebenden an einem "Place of Safety" (6.12), also einem sicheren Ort an Land gehen.

Die gleiche Resolution definiert einen sicheren Ort als einen Ort, an dem "das Leben der Überlebenden nicht mehr in Gefahr ist und an dem ihre menschlichen Grundbedürfnisse (wie zum Beispiel Nahrung, Unterkunft und medizinische Bedürfnisse) gedeckt werden können". Sie verpflichtet ebenfalls dazu, "eine Ausschiffung in Gebieten zu vermeiden, in denen das Leben und die Freiheit der Personen, die angeben, eine begründete Angst vor Verfolgung zu haben, in Gefahr wäre". Außerdem schreibt sie ein Verbot fest, Überlebende an "einen Ort zurückzubringen, an dem ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, dass die Person in Gefahr wäre, Folter ausgesetzt zu sein". Zudem müssen die Menschen vor direkter oder indirekter Zurückweisung an der Grenze geschützt werden.

Wie aus den obigen Erfahrungsberichten hervorgeht, können physische Gewalt, Diskriminierung, willkürliche Verhaftungen und Gefährdung auf See alle als Handlungen von Misshandlung und Folter qualifiziert werden. In Tunesien haben subsaharische Bevölkerungsgruppen sehr begrenzten Zugang zu ihren grundlegenden Freiheiten und unterliegen regelmäßiger Verfolgung, die von einer Welle von Xenophobie und institutionalisierter Diskriminierung unterstützt wird. Daher kann in Tunesien die Sicherheit des Lebens von Menschen aus Subsahara-Afrika nicht mehr garantiert werden.

Darüber hinaus stellen die gewaltsmalen Verschleppungen an die Grenzen in der Wüste und das verstärkte Abfangen von Menschen aus Subsahara-Afrika in Tunesien einen Verstoß gegen das im Völkerrecht verankerte Non-Refoulement-Prinzip dar, welches für alle Formen der Zurückweisung gilt, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Migrationsstatus.

- **Amnesty International** : [Tunisia: Carving up the Constitution represents a threat to human rights, Oktober 2021](#)
- **OHCHR** : [Tunisia must stop hate speech and violence against migrants from south of Sahara, April 2023](#)
- **Euromed Rights** : [Tunisia: Anatomy of a Forced Deportation to Libya, Juli 2023](#)
- **UN News** : [Racist rhetoric in Tunisia must stop, April 2023](#)
- **Human Rights Watch** : [Racist rhetoric in Tunisia must stop, April 2023](#)

SCHLUSSFOLGERUNG

Aus dem aktuellen, oben beschriebenen Kontext geht eindeutig hervor, dass Tunesien nicht die rechtlichen Anforderungen erfüllt, um als sicherer Ort zu gelten, an welchem auf See gerettete Menschen angesiedelt werden können.